

Warum die Bergkantone Nein stimmen

Politologe Tobias Arnold und die Pro-Parteien versuchen zu erklären, warum unter anderem Uri die Klimainitiative abgelehnt hat.

Florian Pfister

Letztlich war das Resultat einigermassen deutlich. Das Klimaschutzgesetz hat sich schweizweit mit 59,1 Prozent durchgesetzt. Insgesamt sieben Kantone haben die Vorlage jedoch abgelehnt. Mit Uri ist auch ein Kanton mit reichlich Natur und vielen Bergen darunter. Wie lässt sich dies erklären?

Der Altdorfer Politologe Tobias Arnold erklärt sich die Abstimmungsergebnisse damit, dass man in der Klimathematik schnell auf das Thema Verkehr, Mobilität und die damit verbundenen CO₂-Emissionen zurückkommt. «Dann ist die Rede schnell von Verteuerungen und Verboten. Obschon es bei der Vorlage um Anreize gegangen ist, hat die SVP auf ihren Plakaten von Verboten gesprochen.» Der motorisierte Verkehr sei auf dem Land wichtiger als in der Stadt, womit sich Tobias Arnold einen tendenziellen Stadt-Land-Graben erklärt. Diese Emotionen habe die SVP angesprochen.

Sich dem Schicksal der Natur ergeben

Der Klimawandel ist vor allem auch in der Zentralschweiz mit vielen Bergen zu spüren. Warum wird ein solches Gesetz ausgerechnet in dieser Region abgelehnt, wo die Veränderung der Natur doch direkt zu sehen ist? Auch in der Stadt sei der Klimawandel zu spüren, beispielsweise durch Hitzewellen, wo es in der Stadt wärmer ist als im kühlen Umland. «In den städtischen Gebieten ist ein höheres Vertrauen in die Wissenschaft vorhanden, welche ja auch anmahnt, mehr gegen den Klimawandel tun zu müssen. In den Bergregionen pflegt man eher einen fatalistischen Umgang mit der Umwelt und sagt: «Wir können eh nichts gegen die Natur machen», sagt Tobias Arnold. «Ich beobachte diese Haltung, sich einfach dem Schicksal zu er-



Ein Plakat wirbt für das Klimagesetz.

Bild: Urs Flieler/Keystone (Horw, 12. 6. 2023)

Klimagesetz: SVP freut das Urner Resultat

Abstimmungssonntag Die SVP Uri sieht sich durch das kantonale Resultat zum Klimagesetz, das sie als Stromfressergesetz bezeichnet, bestätigt. Der Kanton Uri hat die Vorlage mit gut 56 Prozent abgelehnt. «Wir waren die einzige Partei, welche dieses Gesetz bekämpft hat», wird Vize-Präsidentin und Nationalratskandidatin Claudia Brunner in einer Mitteilung der Partei zitiert.

Sie freue sich über den Sieg in Uri, von dem sie nicht überrascht sei: «Ich war selbst an mehreren Standaktionen un-

serer Partei und habe oft Lob erhalten, dass wir den Mut hatten, dieses Gesetz zu bekämpfen. Die Urnerinnen und Urner haben sich nicht beirren lassen und die Mogelpackung durchschaut.»

Das gesamtschweizerische Resultat gelte es zu akzeptieren. Die Befürworter würden in die Pflicht genommen, auf Verbote zu verzichten. «Einmal mehr hat die SVP Uri den Puls der Bevölkerung gespürt. Wie schon beim Stimmrechtsalter 16 haben wir uns gegen alle Parteien und gegen die natio-

nen Politiker aus dem Kanton Uri durchgesetzt», heisst es in der Mitteilung. «Es wäre hilfreich, wenn sich die Urner Vertretung in Bern wieder mehr für die Bevölkerung von Uri einsetzen würde.»

SVP setzt sich für freie Entscheidung bei Gesundheitsfragen ein

Beim Covid-Gesetz hat der Kanton Uri knapp Ja gesagt, auch hier hat die SVP Uri mit 48,5 Prozent Nein-Anteil ihren Wähleranteil klar übertroffen. Gespannt ist die Partei, wie oft

dieses Gesetz verlängert wird. Die SVP Uri verspricht, sich weiterhin für eine freie Entscheidung bei Gesundheitsfragen einzusetzen.

Bei der OECD-Mindeststeuer-Vorlage konnte ein deutlicher Sieg eingefahren werden. Der Angriff der SP habe in keinem Kanton funktioniert. Kein Kanton hatte einen Nein-Anteil von mehr als 28 Prozent. «Nur eine starke Wirtschaft und eine liberale Umsetzung von weltweiten Steuern führen zu einer wettbewerbsfähigen Schweiz», so die SVP Uri. (pd/MZ)

geben, mehr in den ländlichen Regionen.»

Aus Sicht der SP Uri ist es hoch erfreulich, dass das Schweizer Volk dem Klimaschutzgesetz deutlich zugestimmt hat. Mit Altdorf hat nur eine einzige Gemeinde im Kanton Uri Ja gesagt hat. «Das Ergebnis ist für uns als Partei enttäuschend», führt Jonas Bissig von der Geschäftsleitung auf Anfrage aus. «Speziell im Kanton Uri, der vom Klimawandel stärker betroffen ist als andere Gegenden der Schweiz, wäre es sinnvoll und folgerichtig, die Klimaschutz-Massnahmen mitzutragen. Vermutlich sind die unwahren Argumente betreffend Kosten und Verboten der Nein-Seite bei der Urner Bevölkerung auf besonders fruchtbaren Boden gefallen.»

Auch ein Röstigraben ist erkennbar

Von einem Stadt-Land-Graben zu sprechen, findet Jonas Bissig nur partiell richtig. «Eher könnte man aufgrund der Abstimmungsergebnisse von einem Röstigraben sprechen. So haben die Welschen Kantone die Vorlage im Schnitt um einiges besser angenommen als die Deutschschweizer Kantone.» Wichtig sei, dass die Anliegen der Stadt- und Landbevölkerung ernst genommen würden. «Wir finden es wichtig, dass die Politik solidarische Lösungen sucht, die für alle Bevölkerungsgruppen tragbar sind, ohne eine Gruppe gegen die andere auszuspielen.»

Auch andere Urner Parteien sind ähnlicher Meinung. Die Grünen schreiben: «Uri wird nun ein Energiegesetz beschliessen müssen, das hilft, die Ziele des Klimaschutz-Gesetzes umzusetzen – zum Wohle der ganzen Weltbevölkerung und auch unseres Kantons.» Und: «Bemerkenswert und erfreulich ist die hohe Zustimmung der Ausland-Urner und der Altdorfer Stimmbevölkerung.»

Landrat befindet über Bildungs- und Energiepolitik der Zukunft

Der neu zu wählenden Ratsleitung steht morgen eine reich befrachtete Landratssession bevor.

Carmen Epp

Ab Mittwoch, 21. Juni, steht der Urner Landrat unter neuer Leitung: Turnusgemäss wird der amtierende Vizepräsident Martin Huser (SVP, Unterschächen) das Präsidium von Cornelia Gamma (FDP, Schattdorf) übernehmen und Kurt Gisler (CVP/Die Mitte, Altdorf) vom ersten Stimmzähler ins Vizepräsidium nachrücken. Neu in die Ratsleitung vorgeschlagen wird Ruedi Cathry (FDP, Schattdorf). Er ist direkt als erster Stimmzähler vorgesehen, wobei Adriano Prandi (SP, Altdorf) weiterhin als zweiter Stimmzähler amten soll, wie es auf Anfrage beim Ratssekretariat heisst.

Neben vermutlich unbestrittenen Geschäften wie die Änderungen der Mittelschulverord-

nung, der Verordnung zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung und der Revision der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Binnenschiffahrt muss die neu gewählte Ratsleitung auch durch umstrittene Traktanden führen.

Windkraftanlagen auf dem Gütsch

So wird etwa erneut die Revision des Energiegesetzes debattiert. Bereits in der ersten Lesung vom 24. Mai wurden zahlreiche Anträge aus der Ratsmitte behandelt. Dabei lockerten die Landrätinnen und Landräte die Solarpflicht und verzichteten auf eine Frist für den Ersatz bestehender Elektroheizungen. Die bereits damals angeregten Diskussionen dürften auch bei der zweiten Lesung nicht ausbleiben.

Das Thema Energie wird den Rat auch bei einem weiteren Traktandum beschäftigen: So legt die Regierung dem Landrat die Anpassung des kantonalen Richtplans 2022 zur Genehmigung vor. Ein Element davon ist die Zukunft der Windenergie im Kanton Uri. So plant das Elektrizitätswerk Ursern (EWU) in den nächsten Jahren, den bestehenden Windpark auf dem Gütsch ob Andermatt auszubauen. Das erfordert eine Anpassung des kantonalen Richtplans. Diese wurde Ende 2022 in die Vernehmlassung geschickt, nun soll der Landrat die bereinigten Anpassungen genehmigen.

Die Richtplananpassung soll aber auch weitere Ausbauabsichten aufnehmen, so etwa jene für den Steinbruch Eielen in Attinghausen sowie für weitere

Deponien im unteren Reusstal und im Oberland. Auch die Fruchtfolgeflächen in den Gemeinden Schattdorf und Erstfeld infolge Abschluss des Neat-Projekts sollen angepasst und das Vorhaben «Seeverlad Vierwaldstättersee» im Sinne einer «Vororientierung» im Richtplan aufgenommen werden.

Zwei Rückweisungsanträge der Kommissionen

«Der Richtplan ist als Ganzes zu behandeln und zu genehmigen», hält die Regierung im Bericht und Antrag fest. Änderungen in einzelnen Abschnitten seien nicht unmittelbar durch den Landrat möglich. Ob die Anpassungen einfach so «durchgewunken» werden, scheint jedoch fraglich. So beantragt die landrätliche Justizkommission,

das Geschäft an den Regierungsrat zurückzuweisen – mit Direktiven. Der Regierungsrat soll beauftragt werden, an der Landratssession vom 6. September 2023 die Richtplananpassung nur mit der Anpassung «Erweiterung des bestehenden Windparks Gütsch, Andermatt» vorzulegen und die restlichen Anpassungen zu einem späteren Zeitpunkt vorzubringen.

Ähnlich verhält es sich bei der Änderung der Schulischen Beitragsverordnung. Hier beantragt die landrätliche Bildungs- und Kulturkommission, das Geschäft zurückzuweisen. Stattdessen soll der Regierungsrat dem Landrat bis spätestens zur Session vom Mai 2024 einen überarbeiteten Bericht und Antrag vorlegen. Ob das Geschäft tatsächlich vertagt wird, ist jedoch

unklar. Ein Minderheitsantrag derselben Kommission lautet nämlich, die Änderung der Verordnung nicht zurückzuweisen und diese im Landrat bereits am 21. Juni zu behandeln.

Mehr Geld für Covid-19 und Felssturz

Schliesslich befindet der Landrat über drei Kreditanträge. Für die Kostenbeteiligung für die Covid-19-Pandemie wird ein Nachtragskredit von 780 000 Franken nötig. Wegen des Felssturzes, der sich am 30. April auf der Sustenstrasse ereignet hat, beantragt die Regierung einen Vorschusskredit von 300 000 Franken. Der Restbetrag des Budgets für den baulichen Unterhalt der Kantonsstrasse von 458 071 Franken soll zudem auf das Budget 2023 übertragen werden.